

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

2. Sitzung, 23.06.1925

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

1. Versammlung des IV. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Zweite Sitzung.

Oldenburg, den 23. Juni 1925, vormittags 11 Uhr.

Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten und dessen Verpflichtung; Wahl von zwei Staatsministern.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Am Regierungstische: Ministerpräsident v. Finckh, Ministerialrat Dr. Willers.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer Deltjen, das Protokoll der letzten Sitzung zu verlesen. — Geschicht. — Sind Einwendungen gegen das Protokoll zu erheben? Das ist nicht der Fall. Dann ist es genehmigt. Ich bitte jetzt den Abg. Heidkamp, die Eingänge mitzuteilen. — Geschicht. — Der Landtag ist mit den Ueberweisungen einverstanden. Es ist weiter eingegangen ein selbständiger Antrag des Abg. Meyer (Holte) folgenden Wortlauts:

Die Staatsregierung wird ersucht, die Rückzahlungstermine, für der Landwirtschaft gegebene Sonderkredite, auf Antrag bis zu 12 Monaten zu verlängern.

Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich frage den Landtag, ob er den Antrag in Betracht ziehen will. (Zuruf: Ja.) Er ist dem Ausschuß 1 zu überweisen, der auch die Eingabe des oldenburgischen Bauernvereins, betreffend Verlängerung der Rückzahlung der Kredite, hat. — Es ist weiter soeben überreicht eine Einladung des Küstenkanalvereins folgenden Wortlauts:

Der Küstenkanalverein beehrt sich, die Mitglieder des hohen Landtages des Freistaats Oldenburg

Stenogr. Berichte. IV. Landtag. 1. Versammlung.

zur Uraufführung des Küstenkanalfilms auf Donnerstag, 25. Juni, vormittags 11³/₄ Uhr, nach den Wall-Lichtspielen ergebenst einzuladen.

Ich bitte, davon Kenntnis zu nehmen. — Weiter ist eingegangen eine förmliche Anfrage des Abg. Meyer (Holte) folgenden Wortlauts:

Ist die Staatsregierung bereit, die Frage des Vorhandenseins geeigneter Siedlungsmöglichkeiten im Auslande zu prüfen und eventuell für diesen Zweck Mittel bereitzustellen?

Ich werde diese Anfrage auf die nächste oder eine der nächsten Tagesordnungen setzen. — Weiter ist eingegangen eine förmliche Anfrage des Abg. Lahmann folgenden Wortlauts:

Sind der Staatsregierung die augenblicklichen außerordentlichen Schwierigkeiten der Gemeinden bei der Kreditbeschaffung bekannt? Wenn ja, ist sie bereit, diese durch geeignete Maßnahmen zu beheben?

Ich setze auch diese Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. — Ferner ist eingegangen eine förmliche Anfrage des Abg. Tanzen (Heering) folgenden Wortlauts:

Welche Stellung hat die oldenburgische Regierung im Reichsrat zum Entwurf eines Gesetzes über



Zolländerung, insbesondere zu den Anträgen Preußens, genommen? Welche Stellung nimmt die jetzige Regierung dazu ein, insbesondere zu den Minimalzöllen auf Getreide? Welche Stellung zu den Zöllen auf Futtermittel? Welche Stellung zum Einfuhrscheinssystem?

Auch diese Anfrage setze ich auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. — Schließlich ist noch eingegangen eine förmliche Anfrage des Abg. Schmidt folgenden Wortlauts:

Kann die Staatsregierung schon übersehen, ob und welcher Schaden dem Staat durch die Kredite der Staatsbank an die Darmstadtbank erwächst? Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um zu verhindern, daß sich solche, dem Staat gefährdenden Finanzgeschäfte wiederholen?

Welche Mittel sind bisher beschafft worden, um Kredite der Wirtschaft, insbesondere den Kreisen des Mittel- und Bauernstandes, zuzuführen, die Kredite von Banken schwerer bekommen können?

Ich werde auch diese Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Einziger Gegenstand ist:

Die Wahl des Ministerpräsidenten, dessen Verpflichtung und die Wahl von 2 Staatsministern.

Ich nehme an, daß Stimmzettel verteilt sind, so daß wir zur Wahl des Ministerpräsidenten schreiben können. Das Wort hat zur Geschäftsordnung Herr Abg. Bortfeldt.

Abg. Bortfeldt: Ich schlage im Namen meiner politischen Freunde vor, zum Ministerpräsidenten Herrn von Fintel zu wählen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt zur Geschäftsordnung.

Abg. Schmidt: Ich habe namens der demokratischen Fraktion zu diesem Vorschlage des Herrn Bortfeldt folgende Erklärung abzugeben:

Landesblock und Zentrum haben sich über die Zusammensetzung der Regierung geeinigt. Das Zentrum hat sich einseitig mit den Rechtsparteien und den diese Parteien stützenden Organisationen verbündet.

Die demokratische Fraktion hält eine derartige einseitig zusammengesetzte Regierung für nicht im Interesse des Landes liegend. Große Schichten der Bevölkerung mit anderen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Anschauungen und Interessen werden von der Mitarbeit in der Regierung ausgeschlossen. Das Volk wird in 2 Hälften gespalten. Der Kampf und die Gegensätze werden verschärft.

Die demokratische Fraktion vertritt dem gegenüber den Standpunkt, daß alle Bevölkerungskreise und Parteien, die zur Mitarbeit bereit sind, in der Regierung mitarbeiten sollen. Nur so ist der notwendige Ausgleich der Interessen, nur so eine stetige und friedliche

Entwicklung zum Besten des Landes gewährleistet. Wer zur Mitarbeit in solcher Arbeitsgemeinschaft auf breiter Grundlage nicht bereit ist, scheidet sich selbst aus und trägt dafür die Verantwortung. Gerade mit den Parteien der Rechten aber, die solche Zusammenarbeit nicht wollten, hat sich die Zentrumspartei, ohne dazu irgendwie genötigt zu sein, einseitig verständigt und damit die demokratisch-republikanischen Parteien, mit denen sie zusammen gearbeitet hat, ausgeschaltet.

Die demokratische Fraktion hat zu der politischen, von den Rechtsparteien in Vorschlag gebrachten Regierung kein Vertrauen und wird ihr gegenüber daher in wachsender Opposition stehen. Diese Opposition wird sachlich geführt werden und nur das eine Ziel kennen, die Interessen des Landes und Volkes wahrzunehmen. Wo politischer und kultureller Rückschritt, wo wirtschaftliche Einseitigkeit, wo unsoziale Gesinnung sich zeigen, wird die demokratische Fraktion zu verhindern suchen, daß Gesetzgebung und Verwaltung davon beeinflusst werden.

Wir werden bei der Wahlhandlung weiße Zettel abgeben.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. Frerichs: Ich habe im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß die Interessen des Landes am besten durch ein politisches Kabinett vertreten werden können, und daß nur ein solches Ministerium dem Geiste der Verfassung entspricht. Es ist während des Wahlkampfes und bis vor kurzem besonders vom Zentrum der Gedanke der Volksgemeinschaft vertreten worden. Die Volksgemeinschaft hätte gebildet werden können, wenn bei den Rechtsparteien und im Zentrum der ernsthafte Wille dazu vorhanden gewesen wäre. Am 16. Juni hat Herr Abg. Driver erklärt, daß das Zentrum ehrlich versucht habe, eine Regierung zustande zu bringen, daß aber auf allen Seiten Schwierigkeiten vorhanden gewesen seien. Wir stellen fest, daß seitens der Sozialdemokratie keinerlei Schwierigkeiten gemacht sind, daß aber vom Landesblock unsere Mitarbeit abgelehnt worden ist. Bei dieser Sachlage wäre nach unserer Auffassung auch bei dem jetzigen Stärkeverhältnis im Landtage die kleine Koalition durchaus tragfähig gewesen und hätte diese ohne Zweifel mehr dem Gedanken der Volksgemeinschaft entsprochen, als die heute geplante Konstellation. Wir stellen fest, daß bei der jetzt beabsichtigten Zusammensetzung der Regierung die Belange und Interessen der arbeitenden Bevölkerung unberücksichtigt bleiben werden. Das neue Ministerium unterscheidet sich von dem bisherigen nur dadurch, daß das Zentrum durch die Hilfe des Landesblocks und unter Ausschaltung der Parteien der Linken den längst erstrebten Einfluß erhalten hat. Wir können für das jetzige Kabinett nicht stimmen, ferner können wir der anscheinend geplanten Vereinigung des Finanzministeriums und des Ministeriums der sozialen Fürsorge

in einer Hand nicht zustimmen. Wir werden ebenfalls weiße Zettel abgeben.

Präsident: Ich bitte die Stimmzettel abzugeben. — **Geschieht.** — Sind alle Stimmzettel abgegeben? Das scheint der Fall zu sein. Ich schließe die Wahl. Es sind 39 Stimmzettel abgegeben (der Präsident stellt das Ergebnis fest). Es sind 25 Stimmzettel für Herrn v. Finckh und 14 weiße Stimmzettel abgegeben. Herr v. Finckh ist damit gewählt. Ich bitte ihn, zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

• **Ministerpräsident v. Finckh:** Ich nehme die Wahl dankend an.

Präsident: Ich bitte sodann den Ministerpräsidenten, den vorgeschriebenen Eid zu leisten.

Ministerpräsident v. Finckh: „Ich gelobe, die Pflichten des mir übertragenen Amtes gewissenhaft zu erfüllen und bei dieser Ausführung die Staatsverfassung und Gesetze genau zu beobachten.“

Präsident: Wir kommen nun zur Wahl der beiden Minister. Ich bitte den Ministerpräsidenten um Vorschläge.

Ministerpräsident v. Finckh: Ich schlage vor, den Abg. Dr. Driver zum Minister des Innern, des Handels und des Verkehrs, und den Ministerialrat Dr. Willers zum Minister der Finanzen und der sozialen Fürsorge zu wählen. Ich schlage ferner vor, diesem die Sachen zu übertragen, die sich auf die Weser beziehen.

Präsident: Die Vorschläge sind gemacht. Ich frage, ob jeder Minister durch einen besonderen Stimmzettel gewählt werden soll. Bei den letzten Ministerwahlen sind beide Minister gemeinsam gewählt. (Zuruf: Gemeinsam.) Der Landtag ist mit der gemeinsamen Wahl einverstanden. Ich bitte, zwei Namen auf den Stimmzettel zu schreiben und die Zettel abzugeben. — **Geschieht.** — Sind alle Zettel abgegeben? Das ist der Fall. Ich schließe die Wahl. Es sind 39 Stimmzettel abgegeben, 25 für Dr. Willers und 24 für Dr. Driver. 14 Stimmzettel waren weiß. Die Herren Dr. Driver und Dr. Willers sind gewählt. Ich frage die Herren, ob sie die Wahl annehmen.

Dr. Driver: Ich nehme die Wahl an.

Dr. Willers: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Damit ist die Wahl erledigt. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident von Finckh: Meine Herren! Nachdem der Landtag die neue Regierung gewählt hat, habe ich im Namen des neuen Ministeriums folgendes zu erklären:

Zunächst möchte ich, und ich bin dabei Ihrer Zustimmung sicher, den beiden scheidenden Ministern Stein und Weber für ihre opferwillige Mitarbeit und für die Dienste, die sie seit Uebernahme des Amtes im April 1923 unter schwierigen Verhältnissen dem Lande geleistet haben, unseren herzlichsten Dank und unsere Anerkennung aussprechen. (Bravo!) Was uns

selbst, das jetzige Ministerium, anlangt, so erwarten Sie von mir keine Programmrede. Wir werden uns bemühen, sachliche Arbeit zu leisten, und wir glauben, dadurch die Bedürfnisse des Landes am ehesten zu befriedigen und dem Wohle des Volkes am besten zu dienen. Das Volk verlangt jetzt, wo die Hitze des Wahlkampfes vorüber ist, ruhige, stetige, aufbauende Arbeit zu Gunsten aller Stände, namentlich in bezug auf Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, und zu diesem Zwecke Sammlung aller Kräfte. Dieses zu fördern, wird unser aufrichtiges Bestreben sein. Wir alle wollen uns doch stets dessen bewusst sein, welch schwerer — nicht nur seelischer, sondern auch wirtschaftlicher — Druck auf unserem gesamten Vaterlande liegt und daß es der Anspannung aller Kräfte bedürfen wird, daß wir uns daraus erheben. Wie der gesamten Wirtschaft, die sich in großen Schwierigkeiten befindet, werden wir auch in besonderem Maße unsere Fürsorge den wirtschaftlich Schwachen zuwenden. Ich will auch nicht im einzelnen darauf eingehen, welche Aufgaben uns und unserem Lande in erster Linie obliegen und von uns in Angriff genommen werden müssen. Wir wollen uns bemühen, nicht zu reden, sondern zu handeln (Bravo!) und bitten dazu um Ihre Unterstützung. Lassen Sie mich schließen mit den Worten, die ich vor 2 Jahren von dieser Stelle aus gesprochen habe: Möge es uns mit Gottes Hilfe gelingen, die Regierung zum Wohle des Landes zu führen. (Bravo!)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Fröhle.

Abg. Fröhle: Meine Herren! Namens der Zentrumsfraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Der Wahl dieses Ministeriums haben wir zugestimmt. Wir haben zuvor ehrlich versucht, ein Ministerium, bestehend aus Vertretern möglichst aller Parteien des Landtages, zu stande zu bringen. Leider ist das infolge vieler Schwierigkeiten nicht möglich gewesen. An dem Scheitern sind wir nicht schuld. Deshalb wäre es nicht recht, uns wegen des Ausganges der Verhandlungen einen Vorwurf machen zu wollen. Wir haben zu diesem Ministerium das Vertrauen, daß es sich in gleicher Weise die Interessen aller Volkskreise und insbesondere der wirtschaftlich Schwächeren angelegen sein läßt. Unsere Politik wird auch in Zukunft die gleiche bleiben. Das Zentrum hat während seiner Zugehörigkeit zu der sogenannten kleinen Koalition stets seine Grundsätze vertreten. Auch dem Beamtenministerium gegenüber haben wir eine Politik der mittleren Linie, wie sie das Zentrumsprogramm verlangt, betrieben. Diese Politik werden wir in Zukunft fortsetzen. Auch in und dem neuen Ministerium gegenüber werden wir unsere Grundsätze auf religiösem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, unsere Politik der mittleren Linie, niemals verleugnen. Koalitionen sind Arbeits- und nicht Gefinnungsgemeinschaften. Darum sind wir in der Lage, auch an dieser Arbeitsgemeinschaft ohne Aufgabe unserer Grundsätze uns zu beteiligen. Wir halten es für falsch, der neuen Re-



gierung von vornherein Mißtrauen entgegenzubringen, sondern halten es für richtig, sie lediglich nach den Taten zu beurteilen. (Bravo!)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Bortfeldt.

Abg. **Bortfeldt:** Meine Herren! Namens meiner politischen Freunde möchte ich von der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten die ersten Sätze, die sich auf die Tätigkeit der ausgeschiedenen Minister Stein und Weber beziehen, noch besonders unterstreichen. Ich glaube, daß sich der ganze Landtag einmütig zusammensetzen könnte, in der Anerkennung, daß die beiden ausgeschiedenen Minister in sehr schwerer Zeit

unter sehr schweren Verhältnissen ein außerordentlich großes Maß — ich möchte sagen physische — Arbeitskraft an ihre Aufgaben gewandt haben, daß sie aber vor allen Dingen deswegen besonders gerühmt werden müssen, weil zu diesem Ausmaß an Arbeitskraft hinzukam ein durch die Verhältnisse gegebener übermäßiger Druck moralischer Art. Daß sie nach beiden Richtungen hin ihre moralische und physische Kraft zwei Jahre hindurch zum Wohle des Landes eingesetzt haben, darf ihnen nach unserer Auffassung nicht vergessen werden. (Bravo!)

Präsident: Damit ist unsere heutige Tagesordnung erschöpft. Ich schließe die Sitzung.

